

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/72

Bonn, den 16. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	ERFOLG - STABILITÄT - REFORMEN	99

Zum Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3 - 5	Ein Mann, der nicht zögert, seine Meinung zu sagen Der deutsche Außenminister auf der NATO-Konferenz und zu Besuch in Kanada Ein Bericht von Jesco von Puttkamer	128
-------	---	-----

6	Zähe Vietnamverhandlungen Endspurt mit Hindernissen Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer	38
---	---	----

ERFOLG - STABILITÄT - REFORMEN

Zum Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

sp - Bad Godesberg

Dem Außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg liegt der Entwurf für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm vor, der wohl im einzelnen vielleicht noch geändert werden könnte, dessen Substanz jedoch die Zustimmung des Parteitages finden wird. Mit der rechtzeitiger Ausarbeitung und Vorabschiedung eines Regierungsprogramms erfüllen die Sozialdemokraten einen Anspruch des Wählers, der wissen will, was er von einer Partei zu erwarten hat, der er sein Vertrauen schenkt und auf sie Hoffnungen setzt. Der Bürger muß auch die Möglichkeit zu Vergleichen mit den Programmen anderer Parteien haben, um wägen und beurteilen zu können, und zu erkennen vermögen, was er durch seine Entscheidung am Tage der Wahl zum Sechsten Deutschen Bundestag bewirken, auslösen oder verhindern kann.

Kerngedanke des sozialdemokratischen Regierungsprogramms ist der eindeutige Wille zur Reform auf allen Gebieten, die der Reformen bedürfen. Die Sozialdemokraten brauchen einen Leistungsbeweis auf Bundesebene nicht mehr zu erbringen. Sie haben in der Regierung der Großen Koalition gezeigt, daß sie sich vor Verantwortung nicht scheuen und daß sie imstande waren, eine verhängnisvolle Lage, wie sie im Herbst 1966 durch das Versagen der Erhard/Mende-Regierung bestand, wieder zur Besseren zu wenden. Die CDU/CSU hört dies nicht gern, sie möchte die Schatten jenes Jahres in Vergessenheit geraten lassen. Diesen Gefallen kann ihr die Sozialdemokratie nicht erweisen.

Viele Gesetzeswerke tragen unverkennbar sozialdemokratische Handschrift. Es gelang, durch eine moderne Wirtschaftspolitik, für die der Sozialdemokrat Prof. Dr. Schiller verantwortlich zeichnet, die Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit zu bannen und die Stabilität der Währung zu sichern. Welch dunkler Horizont sich damals auftrat, zeigten die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Heute besteht Grund zu der Annahme, daß dieser Nachkömmling der braunen Verderber Deutschlands bei den Bundestagswahlen unter der Fünf-Prozent-Grenze bleibt. Nicht ohne Genugtuung wird in der Einleitung zum Regierungsprogramm bemerkt:

- * "Die Gefahr der außenpolitischen Isolierung ist beseitigt worden, unser Handel mit den Staaten der Welt blüht, niemand braucht mehr Angst um den Arbeitsplatz zu haben, die sozialen Leistungen sind gesichert und die Staatsfinanzen nicht mehr zerrüttet."

Eines Leistungsbeweises der SPD bedarf es wahrhaftig nicht, im Buch der Geschichte der letzten 2 1/2 Jahre ist er schon enthalten und nachzulesen.

Die deutschen Sozialdemokraten können vor die Wähler mit einem Katalog großer Erfolge hintreten, doch sie verfallen nicht der Versuchung, sich der Zufriedenheit hinzugeben. Ihr Blick bleibt nicht am Gestern haften, er gilt dem Morgen und Übermorgen, gilt den Erfordernissen der heranbrechenden 70er Jahre, gilt der Erneuerung und Modernisierung unserer Industriegesellschaft und unseres Staates.

In der verhältnismäßig kurzen Zeit sozialdemokratischer Regie-

zungsbeteiligung in Bonn konnte nicht alles in Ordnung gebracht werden, was in zwanzig Jahren versäumt und vernachlässigt worden ist. Wir leben in einer Epoche, die gewaltigen Veränderungen unterworfen ist und die an Volk und Staat immer neue Anforderungen stellt. Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als Industrie- und zweitgrößte Handelsnation hängt von der Fähigkeit ab, im Wettlauf mit anderen vergleichbarer Staaten und Völkern Schritt zu halten, unser Bildungs- und Hochschulwesen von allen Belastungen zu befreien, allen Begabungen den Weg nach oben zu öffnen und von einem Höchstmaß an verwirklichter sozialer Gerechtigkeit. Hier ist vieles noch zu tun. Die Straße zur allgemeinen Volksversicherung hin darf nicht blockiert werden.

Das sozialdemokratische Regierungsprogramm greift nicht nach den Sternen. Es orientiert sich am Notwendigen und Möglichen, es trägt den Bedürfnissen einer rasch sich verändernden Gesellschaft Rechnung, es bekundet den Willen und die Entschlossenheit einer großen Partei, unser Haus so in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten, daß es in den Wechselfällen der Zeit und der politischen Konstellationen bestehen kann. Dazu gehört die entschiedene Kampfansage an die Extremen von links und rechts, die in der Ablehnung einer gesicherten und sozial fundierten Demokratie soviel Gemeinsames haben. Hier gilt es, mit Hilfe einer den Menschen dienenden, seine Wohlfahrt fördernden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik den Extremisten den Boden zu entziehen und sie dorthin zu verweisen, wo sie hingehören: auf den Abstellplatz der Geschichte.

Das beste Wollen und die löblichsten Vorhaben zu Reformen hängen gewissermaßen in der Luft, bleiben ohne Beziehung zur Wirklichkeit, gelingt es nicht, alle Kräfte auf die Erhaltung des Friedens und auf den Aufbau einer europäischen Friedensordnung, soweit es im Bereich deutscher Möglichkeiten liegt, hinzuwenden. Die Sozialdemokratie fühlt sich einer aktiven Friedenspolitik verpflichtet. Beharrlich und unbeirrbar, aber auch ohne Illusionen verfolgt sie den Weg weiter, den ihr frühere Programme schon vorgezeichnet haben: Stärkung des Nordatlantischen Bündnisses bei Fortsetzung der Entspannungspolitik, Festigung und Ausbau der europäischen Gemeinschaften und deren parlamentarische Kontrolle, Zusammenarbeit mit dem Westen, Verständigung mit dem Osten und Entwicklungshilfe für die Länder der Dritten Welt, deren Freundschaft und Sympathie wir im Ringen um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für das ganze deutsche Volk nötig haben.

Das ständige unverdrossene Bemühen um den Frieden schließt eine Verständigung und ein geregeltes Miteinander beider Teile Deutschlands ein, sowie die Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins. Auf dem Gebiet der innerdeutschen Beziehungen enthält das Regierungsprogramm der SPD entscheidende Aussagen, denen sich wohl keiner entziehen kann, sowohl hien als auch drüben.

Auf viele drängende, beunruhigende und bedrückende Fragen gibt die SPD klare Antworten; im Ringen um die Führung der deutschen Politik steht sie auf soliden Grundlagen, braucht sie das Votum des Volkes nicht zu scheuen. Sie wird, gestützt und getragen vom Vertrauen aller Reformwilligen, alle Kraft einsetzen, um die Führung im Staat zu erreichen. Der Verlauf des Parteitages wird davon Zeugnis ablegen.

Ein Mann, der nicht zögert, seine Meinung zu sagen

Der deutsche Außenminister auf der NATO-Konferenz
und zu Besuch in Kanada

Ein Bericht von Jesco von Puttkamer

Willy Brandts ohnehin schon zerfurchtes Gesicht weist noch ein paar Falten mehr auf. Die Mundwinkel sind heruntergezogen. Mit einem resignierten Achselzucken legt er den Pressespiegel, den ihm ein Beamter der deutschen Botschaft in Washington überreicht hat, beiseite. "Tja", sagt er gedehnt, "tja, so ist das nun mal." Was den deutschen Außenminister zu dieser Geste veranlaßt hatte, waren Berichte deutscher Zeitungen über seine Haltung auf der Jubiläumstagung des Nordatlantischen Bündnisses. Brandt sei in Washington isoliert, klang das Echo aus Deutschland herüber. In anderen Zeitungen hieß es, der deutsche Außenminister habe sich mit seiner Reaktion auf die Budapester Konferenz des Warschauer Paktes zu weit vorgewagt. Brandts Unmut war verständlich. Nichts von alledem entsprach den Tatsachen.

* * *

Obgleich Willy Brandt als Ehrenpräsident nur eine kurze Begrüßungsansprache zu halten hatte, (während der zweitägigen NATO-Konferenz hielt der deutsche Außenminister nicht weniger als sechs offizielle Reden) nutzte er auch hier die Gelegenheit, seinen Grundgedanken anklängen zu lassen. Er sagte: "Sicherheit wollen die Völker in Ost und West. Heute geht es noch um die Sicherheit voreinander. Sicherheit miteinander zu finden, würde dem eigentlichen Ziel der Allianz entsprechen." Damit ist klar eine Zielsetzung anvisiert.

Von einem "Vorsprechen" des deutschen Außenministers kann ebenso wenig gesprochen werden, wie von seiner "Isolierung". Brandt, der sich als Vorsitzender naturgemäß bei der Diskussion in den Arbeitssitzungen zurückhielt, hat gleichwohl eine größere analytische Rede gehalten. Diese Rede hat, wie übereinstimmend aus anderen Delegationen zu hören war, das Auditorium beeindruckt. In dieser Rede waren folgende Thesen enthalten: Noch heute bestimmt der 21. August die Lage in Europa. Die kleine Krise um Berlin hat wichtige Erfahrungen gebracht. Die geschlossene Haltung des Westens wird von der Sowjetunion gewürdigt. Sie hat die Grenze zu einer ersten Krise nicht überschritten. In Moskau macht sich eine nüchterne Einschätzung des Westens bemerkbar. An dem Verhalten Ost-Berlins war abzulesen, daß es für die Sowjetunion leichter ist, ihre Verbündeten von etwas abzuhalten, als sie zu etwas zu veranlassen. Heute möchte Moskau den 21. August vergessen machen.

* * *

Zu der Budapester Konferenz des Warschauer Paktes und ihrem Vorschlag, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen, sagte Brandt sinngemäß: Man darf diesen Vorschlag nicht von vornherein zurückweisen. Der Vorschlag deutet zumindest auf eine veränderte Taktik hin. Wir müssen herausfinden, was dahintersteckt. Darum sollte auch von uns eine solche Sicherheitskonferenz angestrebt werden. Allerdings

darf es keinerlei Vorbedingungen geben. Die Konferenz muß gründlich vorbereitet werden und die Teilnahme der nordamerikanischen Partner der westlichen Allianz darf nicht infrage stehen.

Auf dieser Linie hat Brandt in Washington operiert. Sie fand die Unterstützung der übrigen Außenminister und schließlich auch ihren Niederschlag im offiziellen Kommuniqué. Lediglich Italiens Außenminister Nenni wollte weiter gehen. Er hatte die Vorstellung, die NATO solle von ihrer Jubiläumstagung aus den Warschauer Pakt direkt zu einer Sicherheitskonferenz einladen. Dem widersprach auch Brandt. Man entschied sich für weitere bilaterale Sondierungen mit Moskau unter ständiger Konsultation im Westen. Daß Budapest, obgleich gemeint, im NATO-Kommuniqué nicht direkt erwähnt ist, mag ein Schönheitsfehler sein, der manche negativen Kommentare ausgelöst hat. Durchgesetzt hat sich hier der belgische Außenminister, der es für ein Wort gewissermaßen "von Pakt zu Pakt" für zu früh hielt. Unstrittig ist indessen, daß der Kernteil des NATO-Kommuniqués sich im positiven Sinne an die Adresse der Budapester Konferenz wendet. Die Mißinterpretationen der Haltung Willy Brandts in Deutschland mögen wohl auch durch das Wahlkampf-Fieber zu erklären sein.

* * *

In der Residenz des deutschen Botschafters waren am Abend des ersten Konferenztages deutsche Diplomaten und Journalisten zusammen, darunter Washingtoner Korrespondenten und Journalisten aus der Bundesrepublik, die die Minister Brandt und Schröder nach Amerika begleitet hatten. Botschafter Rolf Pauls, Bonn's erfolgreicher erster Mann in Israel, hat sich auch in der kurzen Zeit seit seinem Dienstantritt in der amerikanischen Hauptstadt einen guten Ruf erworben. Hervorragend informiert und gesellschaftlich versiert, vermag er seinen Gästen in der Villa an der Foxhallroad die Stunden interessant zu machen. An diesem Abend, zu später Stunde, nach einem Essen beim amerikanischen Präsidenten eingetroffen, führte allerdings der Außenminister das Wort. Mit besorgten Mienen folgten ergraute AA-Besamte der Unterhaltung ihres Chefs mit den Journalisten. Daß ein Minister auch kollegial mit der Presse umgehen kann, mußten sie offerbar an diesem Abend lernen.

Zu dieser Stunde war schon bekannt, was im fernen Bonn den obligatorischen Sturm im Wasserglas ausgelöst hatte: Ein neuerlicher Disput um den Atomsperrvertrag. Brandt zeigte sich gelassen. Er ließ keinen Zweifel daran, daß nach monatelanger öffentlicher Kritik an einer deutschen Unterschrift, es nun an der Zeit gewesen sei, einmal die Gegenposition offen darzulegen. Brandt machte klar, daß zwar keine zeitliche Pression von westlicher Seite ausgeübt werde, daß unsere Verbündeten aber sehr aufmerksam die deutsche Diskussion um den Atomwaffen-sperrvertrag verfolgten. Der Bundesaußenminister sagte unumwunden, daß er für eine deutsche Unterschrift, sobald als möglich, eintrete. Er warnte davor, den Sperrvertrag zum Wahlkampfthema zu machen. "Dann ziehen die einen die Fahne des Vaterlandes und die anderen die Fahne des Friedens hoch." Schließlich sagte Brandt auch diesen Satz: "Entweder nimmt der Bundeskanzler jetzt diese wichtige Entscheidung auf seine Schultern oder es hilft ihm keiner mehr vom Eis." Damit war die wahre Lage trefflich gekennzeichnet.

* * *

Neben der Budapester Konferenz und ihrem Vorschlag hatten die

NATO-Diplomaten eigentlich nur noch ein Thema, nämlich die kanadische Ankündigung, in absehbarer Zeit ihre Truppen teilweise oder ganz aus Europa abzuziehen. Dies fand zwar im offiziellen Kommuniqué keinen Niederschlag, dafür wurde aber hinter den Konferenz-Kulis- sen umso mehr darüber gesprochen. Auch in dieser Frage hatte Willy Brandt eine gute Position. Er kam nämlich aus Ottawa nach Washington. In der kanadischen Hauptstadt hatte er ausführlich über die neue NATO-Politik Kanadas diskutieren können.

Zwar hatte Ministerpräsident Trudeau Ottawa am Ostersonntag, also einen Tag vor Brandts Eintreffen verlassen, um auf der anderen Seite des Kontinents in den Rocky Mountains Ski zu laufen, was einige Kanadier als unhöflich, andere als Scheu vor einem NATO-Gespräch interpretierten. Dafür wurde Brandt aber ein überaus herzlicher Empfang zuteil. Außenminister Sharp ging bei einem Essen in der Residenz des deutschen Botschafters sogar soweit, Brandt nicht nur einen Staatsmann von Weltformat für die kommende Dekade zu nennen, er wünschte ihm auch viel Glück dazu, in Kürze in Deutschland eine noch höhere Verantwortung zu übernehmen.

Brandt hat in der Tat in den knapp zwei Tagen seines Aufenthaltes in Kanada eine diplomatische Meisterleistung vollbracht. Er ließ sich nicht in die innenpolitische Auseinandersetzung um die NATO-Entscheidung hineinziehen und kam Trudeaus Gegner nicht zu Hilfe. "Ich bin hier nicht als politischer Lehrmeister hergekommen." Brandt kehrte lobend in allen Reden die Tatsache heraus, daß Kanada in der Allianz bleiben wolle, aber er warnte gleichzeitig davor, daß der Entschluß, Truppen aus Europa abzuziehen, im Ostblock den Eindruck hervorrufen könne, das Atlantische Bündnis sei dabei, "to wither away" einfach wegzuschmelzen.

Kanadier, ob Befürworter oder Gegner der NATO-Politik Trudeaus, waren von dieser Haltung des deutschen Außenministers beeindruckt. Einer der führenden Publizisten des Landes, John Lynch, der Brandt auch im Fernsehen für die Sendung "20 Millionen fragen" interviewt hatte, schrieb in einem Leitartikel nach der Abreise des deutschen Außenministers aus Ottawa: "Daß ein Deutscher überhaupt versuchen würde, Einfluß auf die kanadische Politik zu nehmen, war noch vor einigen Jahren undenkbar. Da waren die Erinnerungen an kriegerische Auseinandersetzungen noch zu frisch. Brandt machte jetzt nicht nur den Versuch, es sieht ganz so aus, als ob er damit Erfolg gehabt hat." Und an einer anderen Stelle des gleichen Leitartikels schreibt Lynch: "Es scheint als ein Wunder, daß das Land, das die Nazipest geboren hat, nach so kurzer Zeit einen Mann wie Brandt hervorbringen konnte. Es ist unmöglich, ihm zuzuhören und nicht von ihm beeindruckt zu sein. Die Art, wie er die Argumente präsentiert, zeigt an, daß endlich ein Deutscher zum Vorschein gekommen ist, der nicht zögert, offen und sachlich seine Meinung zu sagen."

Zähe Vietnamverhandlungen

Endspurt mit Hindernissen

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Die letzten Erklärungen der Vertreter Nord- und Südvietnams und der FNL (Vietcong) betrachtet man in Paris als deutliche Zeichen dafür, daß der Ensspurt zum Vietnamfrieden begonnen hat, wenn auch noch einige Hürden zu nehmen sind.

Entscheidend hierfür ist - nach Auffassung politischer Beobachter in der französischen Hauptstadt - die Entschlossenheit Washingtons, dem Krieg ein Ende zu setzen. Man weiß, daß die amerikanischen Truppen jetzt so schnell wie möglich abgezogen werden sollen, unter der Voraussetzung, daß die Nordvietnamesen ebenso handeln. Zwar wurden ähnliche Erklärungen schon mehrmals abgegeben, der Akzent liegt aber jetzt auf der Beschleunigung.

Allgemeine Parlamentswahlen mit Beteiligung der FNL - eventuell unter internationaler Kontrolle - und möglicherweise Bildung einer Koalitionsregierung in Saigon: Dieses sensationelle Angebot des Chefs der südvietnamesischen Delegation Pham Dang Lam wird zwar bis jetzt von der FNL-Delegation in Paris offiziell nicht akzeptiert, aber auch nicht zurückgewiesen. Es ist klar, daß die FNL in den gegenwärtigen Geheimverhandlungen möglichst viel "herausholen" will.

Bis jetzt hatte Saigon Neuwahlen und jede politische Tätigkeit der FNL abgelehnt. Jetzt sollen Parlamentswahlen zugelassen werden, "welche Konsequenzen sich auch daraus ergeben mögen," erklärte der südvietnamesische Botschafter: "Wir akzeptieren von vornherein das Wahlergebnis".

Da die südvietnamesische Verfassung kommunistische Tätigkeit nicht zuläßt, soll die FNL unter neuem Namen auftreten und auf militärische Tätigkeit verzichten. Pham Dang Lam glaubt, das derzeitige Saigon-Regime habe dabei immer noch Chancen, denn ein Teil der Bevölkerung sei von den "brutalen Methoden der FNL" abgestoßen.

Nachdem der südvietnamesische Vizepräsident General Ky, von Washington kommend, wieder in Paris eingetroffen ist, wird jetzt hier auch der politische Ratgeber der nordvietnamesischen Delegation Le Duc Tho erwartet. Er war im Februar zu Konsultationen nach Hanoi geflogen.

Aktive Geheimberatungen zwischen Amerikanern und Nordvietnamesen, sowie auch zwischen Vertretern des Saigonregimes und der FNL finden derzeit nicht nur in verschiedenen Pariser Vorortvillen, sondern auch in Vientiane, der Hauptstadt von Laos statt. Da und dort spielt die französische Diplomatie eine diskrete Mittlerrolle.